

Anzug betreffend Fusion der Medizinischen Fakultäten der Universitäten Basel und Bern

Die wirtschaftliche und politische Lage der Medizinischen Fakultäten der Schweiz hat sich innerhalb von 10 Jahren dramatisch verschlechtert. Dies erfüllt all Jene mit Sorge, welche als Kundinnen und Kunden der Medizinischen Fakultäten

- a) auf deren aktive Forschungstätigkeit angewiesen sind, um Dienstleistungen im Gesundheitswesen anzubieten
- b) Absolventinnen und Absolventen dieser Fakultäten als Mitarbeitende beschäftigen und auf deren von den Fakultäten zu gewährleistende Berufsbefähigung angewiesen sind
- c) Als Steuerzahlende und Versicherungsnehmerinnen und Versicherungsnehmer die Last des Aufwandes für die Medizinischen Fakultäten mitzutragen haben
- d) Als Verantwortungsträgerinnen und Verantwortungsträger in Politik und Wirtschaft nach Mitteln und Wegen suchen müssen, um diese für das Prestige der Schweiz als Forschungs-, Lehr- und Dienstleistungs-Standort bedeutsamen Institutionen führen zu können.

Die schwierige Lage der Medizinischen Fakultät der Universität Basel ergibt sich aus der Tatsache, dass diese sich in einem von der Bevölkerungszahl zu kleinen und überdies politisch übersegmentierten Umfeld (der Nordwestschweiz) behaupten muss. Überdies hat die allzu enge Verflechtung der Medizinischen Fakultät mit dem schwer fährbaren Dienstleistungsbereich der Kantonsspitäler und der traditionsreiche, zwar erwünschte, aber schlecht kontrollierbare und letztlich ungesicherte Zufluss von Drittmitteln aus der pharmazeutischen Industrie in eben diese Fakultät die inneruniversitäre Solidarität seit jeher stark belastet und zu nachvollziehbaren Klagen von Seiten der übrigen Fakultäten über eine (wirkliche oder auch nur vermutete) Bevorzugung der Medizin Anlass gegeben. Schliesslich verfügen heute weder die Universität Basel noch deren Medizinische Fakultät über eine politische Lobby.

Die Lage wird durch den Entscheid des Eidg. Versicherungsgerichts, die Spitalfinanzierung durch die Öffentliche Hand im Bereich der Zusatzversicherung betreffend, und dessen Auswirkungen auf die kantonalen Finanzen noch erheblich verschärft, und die Zeichen stehen definitiv auf Sturm seit der Ankündigung der Firma Novartis, ihren pharmazeutischen Forschungsschwerpunkt in die U.S.A. zu verlegen. Nun kommt, gemäss eines Berichts der "NZZ am Sonntag" vom 19. Mai 2002, die in Bern aufgeworfene Frage nach einer Schliessung der dortigen medizinischen Fakultät als weiteres Krisen-Element hinzu. Diese Situation bietet dem Kanton Basel-Stadt, seiner Universität und seiner Medizinischen Fakultät die einmalige Chance, aus der Defensive in die Offensive zu gehen.

Eine Fusion der Medizinischen Fakultäten der Universitäten Basel und Bern würde nicht nur den beiden Hochschulen, die ja bereits in anderen Bereichen, so z.B. bei den Universitätsbibliotheken, eine hervorragende und ausgesprochen kundenorientierte Kooperation aufgebaut haben, Gelegenheit bieten, ihre Zusammenarbeit konsequent auszubauen und strukturell zu vertiefen, sie würde auch die für den Betrieb einer Medizinischen Fakultät erforderliche minimale demographische Basis (1 Million Einwohner) vermitteln. Darüber hinaus würde eine Fusion der beiden Fakultäten ein erfolgversprechendes Gegenmodell zur von Staatssekretär Kleiber vorgeschlagenen, extrem etatistischen und deshalb in der schweizerischen Realität chancenlosen Schaffung einer eidgenössischen Medizinischen Einheits-Fakultät hervorbringen. Das Synergie-Potential einer Fusion der beiden Fakultäten ist nicht zu unterschätzen. Bern war in den vergangenen dreissig Jahren führend im Bereich der Ausbildungs- und Examensforschung, verfügt über ein Zentrumsspital mit einer unternehmerisch wesentlich unabhängigeren Trägerschaft als Basel (der Insel-Stiftung) und über für Basel interessante Forschungsschwerpunkte z.B. im Bereich der Klinischen Pharmakologie, insbesondere der Hepatologie aber auch der Reproduktionsforschung, um nur einige Stichworte zu nennen.

Wir ersuchen deshalb die Regierung, zu prüfen und zu berichten:

- 1) Ob und auf welche Weise innerhalb möglichst kurzer Frist eine Fusion der Medizinischen Fakultäten der Universität Basel und der Universität Bern erreicht werden könnte, sei es durch Ausgliederung der Medizinischen Fakultäten aus ihren Universitäten, sei es durch einen Kooperationsvertrag zwischen den Universitäten Basel und Bern
- 2) Welche Schritte notwendig und hinreichend wären, um einer derartigen überregionale Medizinische Fakultät mit den notwendigen Kompetenzen auszustatten, damit diese eine Führungsfunktion in der klinischen, der epidemiologischen und der gesundheitsökonomischen Forschung und der universitären Ausbildung der Berufe des Gesundheitswesens übernehmen kann
- 3) Welche Massnahmen erforderlich wären, um eine wirksame und nachhaltige Entflechtung der Finanzierung der Medizinischen Fakultät einerseits und derjenigen der stationären Einrichtungen des öffentlichen Gesundheitswesens andererseits sicherzustellen
- 4) Welche Entlastung der Staatsfinanzen der bisherigen Trägerkantone, nämlich der Beiden Basel und des Kantons Bern, erwartet werden kann
- 5) Welche Möglichkeiten zur Erweiterung der Trägerschaft, insbesondere durch Einbezug der Kantone Aargau, Luzern, Solothurn und Jura, bestehen?
- 6) Mit welchem Vorgehen und in welcher Höhe Bundesmittel für die Schaffung einer solchen überregionalen Medizinischen Fakultät verfügbar gemacht werden können

M. Iselin, R. Vonder Mühll, Prof. Dr. T. Studer, Ch. Wirz, Dr. C. F. Beranek, R. R. Schmidlin, Dr. P. Eichenberger, R. Widmer, O. Battegay, Dr. D. Stückelberger, M.-Th. Jeker-Indermühle, Dr. P. Schai, P. Marrer, Dr. A. Burckhardt, P. Zinkernagel